

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

SOGEKO stimmt Ergänzungsleistungen für Familien zu

Solothurn, 29. Januar 2009 – Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) stimmt mit einer geringfügigen Abweichung der Änderung des Sozialgesetzes zu. Gesuche für Familienergänzungsleistungen sollen nämlich nicht bei der Ausgleichskasse, sondern bei den AHV-Zweigstellen eingereicht werden.

Die SOGEKO hat die Beratung der Änderung des Sozialgesetzes zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien abgeschlossen. Sie stimmte einem Antrag der Fraktion SP zu, wonach die Gesuche bei den AHV-Zweigstellen und nicht, wie im Gesetzesentwurf vorgeschlagen, direkt bei den Ausgleichskassen eingereicht werden sollen. Oft sind Hilfestellungen von Fachpersonen beim Ausfüllen von amtlichen Formularen nötig und mit dieser Anpassung kann einem erhöhten Schriftenverkehr entgegengewirkt werden.

Abgelehnt hat die Kommission hingegen den Antrag der Fraktion SP, die Grenze für die Anspruchsberechtigung bis zum Alter des jüngsten Kindes von sechs auf 16 Jahre zu erhöhen, weil damit zu hohe finanziellen Folgen verbunden wären. Mit der gleichen Begründung entschied die Kommission gegen den Antrag der Fraktion CVP/EVP, dass nachgewiesene Kosten für Betreuung auch dann geltend gemacht werden können, wenn die Kinderbetreuung nicht extern erfolgt.

Abgelehnt wurde der Antrag der FdP das Gesetz auf fünf anstatt auf acht Jahre zu befristen. Die FdP wollte damit eine bessere Kontrolle über die finanziellen Folgen erreichen. Vorbehältlich der Behandlung in der Finanzkommission, wird der Kantonsrat das Geschäft voraussichtlich in der März-Session behandeln.

Information über die Umsetzung des Rauchverbots

Im weiteren liess sich die Kommission durch das Gesundheitsamt über die Erfahrungen bei der Einführung des Rauchverbots in Restaurants und öffentlichen Räumen informieren. Sie sprach sich klar für eine konsequente Umsetzung aus. Damit soll dem Volkswillen entsprochen und vermieden werden, dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.